

Mehr Bildung, mehr Gleichheit, mehr Alternativen

Durch Bildung und im Rahmen von Bildung werden entscheidende Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie geschaffen. Bildung zielt laut Hartmut von Hentig darauf ab, Dinge zu klären und Menschen zu stärken. Politische Bildung kann in diesem Sinne Orientierungs- und Handlungskompetenz fördern. Sie kann die mündigen Bürgerinnen und Bürger darin unterstützen, sich nach ihren Interessen und Einschätzungen im demokratischen Rahmen einzubringen, zu intervenieren und die Gesellschaft zu gestalten. In diesem Sinne benötigen wir mehr politische Bildung.

Die Idee der Demokratie ist in ihrem Kern egalitär. Jede Stimme zählt gleich viel. Gleichheit als Wesensprinzip der Demokratie wird von ernstzunehmenden demokratischen Kräften nicht in Frage gestellt. Aber es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Gleichheit in bürgerlicher und politischer Hinsicht sowie materieller und

sozialer Gleichheit. Nur wenn ein Mindestmaß an materieller und sozialer Gleichheit gegeben ist, gibt es auch gleiche Chancen der demokratischen Willensbildung. Der Trend zu sozialer Ungleichheit in allen OECD-Staaten – besonders ausgeprägt in Deutschland – muss umgekehrt, das soziale Auseinanderdriften also im Sinne der Demokratie umgekehrt werden.

Demokratie lebt von der Debatte um und der Wahl zwischen Alternativen. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir aber eine erstaunliche Alternativlosigkeit erlebt. Egal ob bei der Privatisierung der Post oder wirtschaftlicher Deregulierung, der Senkung von Lohnnebenkosten, der Einführung von Studiengebühren oder beim Aufspannen der diversen Euro-Rettungsschirme – allzu oft wurde in einer bemerkenswerten intellektuellen Selbstbeschränkung von politischen Eliten die Vorstellung der »Alternativlosigkeit« bemüht. Nur da, wo es eine echte Wahl zwischen Alternativen gibt, wird die Demokratie ihrem Anspruch gerecht.

Martin Nonhoff

Zwischen Deliberation und Konfrontation

Politik in der Mediendemokratie

Demokratie bedarf politischer Aushandlungsprozesse zwischen divergierenden Meinungen. Dabei ist ab und an auch Konfrontation unumgänglich und zielführend.

Die Deutschen stehen traditionell dem politischen Streit ambivalent gegenüber: Zum einen lamentieren sie gerne darüber, dass die Parteien oft kaum noch auseinander zu halten sind, so ähnlich seien sie sich geworden. Auch dass man vor lauter »Konsenssoße« bestimmte Dinge nicht mehr sagen dürfe, ist eine oft geäußerte Klage. Zum anderen aber werden anhaltende Auseinandersetzungen zwischen Parteien von vielen ebenso wenig goutiert wie längere Tarif-

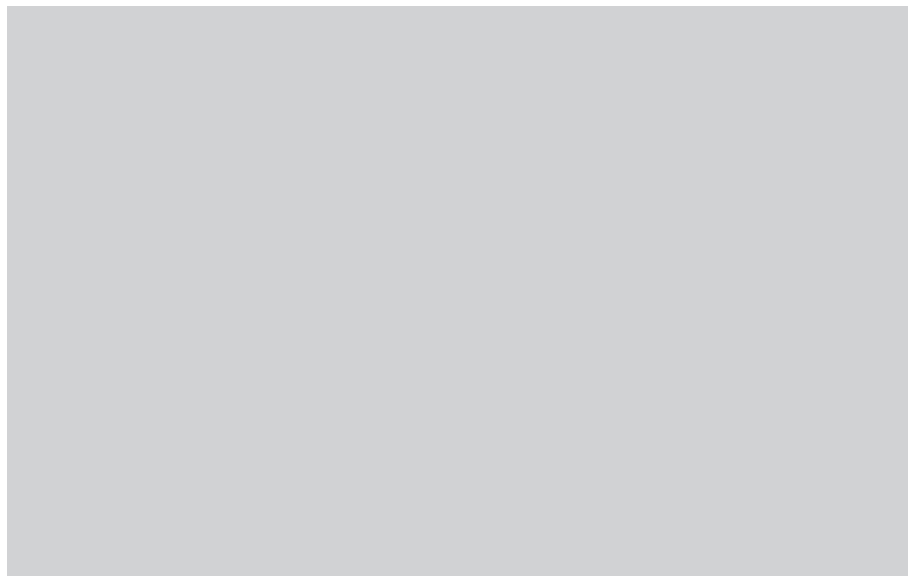


Martin Nonhoff

(*1970) ist Politikwissenschaftler an der Universität Bremen. Gegenwärtig lehrt er als Vertretungsprofessor am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der LMU München.

mnonhoff@zes.uni-bremen.de

konflikte. Vor allem wenn die Konfrontation auf die Straße getragen wird – sei es



anlässlich von Castor-Transporten, bei Demonstrationen gegen große Infrastrukturprojekte wie Stuttgart 21 oder bei den regelmäßigen Bildungsprotesten durch Schüler und Studierende – reagiert die deutsche Öffentlichkeit oft eher skeptisch. Die Sehnsucht nach klaren politischen Alternativen und die Furcht davor, dass diese doch zu pointiert ausfallen könnten, das sind die zwei Seelen, die in der deutschen Brust wohnen: eine romantische und eine Biedermeier-Seele.

Beide, Romantik wie Biedermeier, können als Reaktionen auf die Unerbittlichkeit gelesen werden, mit der das Projekt der Vernunft in der Aufklärung vorangetrieben wurde. Wo die Romantik der Vernunft die Emphase und die Emotion entgegenstellte, waren es im Biedermeier die Tradition und das Idyll. Liegt also vielleicht im Ideal der Politik des vernünftigen Streitens das Gegenmittel zu zuviel Konsens und zu zuviel Konfrontation? Im Kern ist das bereits das Versprechen des Parlamentarismus: Menschen verschiedener Auffassungen kommen zusammen, diskutieren die anstehenden Probleme, wägen Gründe für künftige Poli-

tik gegeneinander ab, immer mit dem Willen, dem anderen zuzuhören und im Falle besserer Argumente auch nachzugeben. Und schließlich treffen sie eine vernünftige Entscheidung, die in Gesetzesform niedergelegt wird. Das Kernelement des hier aufscheinenden gemeinsamen vernünftigen Nachdenkens bezeichnet die Demokratietheorie auch als Deliberation, eine Demokratie, die davon geprägt ist, als deliberative Demokratie.

In der idealen deliberativen Demokratie, wie sie etwa Jürgen Habermas entwirft, dürfen nur jene Gesetze Geltung beanspruchen, denen alle Bürger im Rahmen einer rational verfassten Prozedur zustimmen können. Mit anderen Worten: Auch wenn sie zunächst verschiedener Meinung sind, sollte in einem rational organisierten Verfahren der »zwanglose Zwang des besseren Arguments« alle Beteiligten schließlich von einer bestimmten Variante überzeugen, so dass sie einen Konsens erreichen. Die Vernunft stellt also Konsens aus Meinungsvielfalt her, die zwei Seelen sind vereint. Doch ist es wirklich so einfach? Habermas vollzieht hier eine Bewegung, sät selbst immer

wieder Zweifel. Er erkennt an, dass das politische System von Machtstreben und von Interessen durchdrungen ist und dass es zugleich unter Zeitdruck Entscheidungen treffen muss, was das Finden eines rationalen Konsenses erschwert. Er setzt deswegen seine Hoffnung auf die anonymen, von Handlungsdruck entlasteten Kommunikationsprozesse in der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit funktioniert demnach also – insbesondere über die Zeit hinweg, wenn sie sich mehrfach mit einem bestimmten Problem befasst als eine Art Filter für überzeugende Argumente, die dann wiederum die Akteure im politischen System aufgreifen können. Dies hebt sicherlich unterschiedliche Interessen nicht auf. Doch auch wenn deshalb ein tiefer Konsens verhindert wird, so erscheint in diesem »Filtermodell« doch wenigstens die Option vernünftiger Kompromisse trotz verschiedener Interessen möglich. In jüngeren Schriften präzisiert Habermas entsprechend nochmals, dass der Austausch von Argumenten in der Öffentlichkeit keineswegs auf Konsens hinführen muss. Vielmehr geht es hier darum, ein »Paar konträrer, mehr oder weniger kohärenter Meinungen« auszubilden, die für sich genommen jeweils plausibel sind und das »Spektrum möglicher, als legitim angesehener Politiken« festlegen.

Und doch stellt sich natürlich die Frage, ob eine deliberative Politik dann ein Ideal sein kann, wenn bestimmte Positionen dauerhaft mit ihren Argumenten nicht durchzudringen vermögen. Denn die Medialität der Öffentlichkeit ist nicht nur (und vielleicht viel zu selten) ein Filter der Vernunft, sie ist auch ein Filter der Macht: der Macht von Akteuren (Medienunternehmen, Meinungsmachern etc.) einerseits und der Macht der Normalität des Sag- und Vernehmbaren andererseits. Dies hat verschiedene, kritisch zu betrachtende Konsequenzen. *Erstens* können etwa die Stimmen der Marginalisierten per definitionem in den Massenmedien keine maßgebliche Rolle spielen, solange sie kein Sprachrohr fin-

den. Ganz abgesehen von materiellen Voraussetzungen ist die Teilnahme an argumentativer Deliberation in der Öffentlichkeit alles Andere als eine triviale Angelegenheit. Rationales Argumentieren erfordert Sozialisierung und ein gewisses Talent, und in Ermangelung der beiden kann der vermeintlich zwanglose Zwang des besseren Arguments ganz schnell als realer Zwang erfahren werden. Es geht dabei nicht nur um individuelle, sondern oft um gruppen- oder schichtenspezifische Mängel. Ein verstärkter Einfluss deliberativer Elemente kann daher durchaus auch weitere Marginalisierung bewirken. *Zweitens* können Positionen zwar wohl artikuliert und auch nachvollziehbar argumentiert sein, aber dennoch in den Mainstream-Medien keinen oder allenfalls negativen Widerhall finden, weil sie dort als nicht vermittelbar erscheinen. *Drittens* ignoriert die Politik immer wieder – und oft über die Parteigrenzen hinweg – auch dann Meinungen, wenn diese breit repräsentiert werden, und handelt stattdessen unter dem Vorwand der »Alternativlosigkeit«. Es gibt dann nur noch eine allem Anschein nach »beste« Lösung.

Konfrontation als Lösung?

In diesen und anderen Fällen bleibt jenen, die sich politisch miss- und oft auch verachtet fühlen, oft nur eine konfrontative Strategie. Konfrontation ist insbesondere in der Mediendemokratie Erfolg versprechend, weil sie Medienaufmerksamkeit beinahe automatisch generiert. Aktionen des zivilen Ungehorsams wie bei den Castor-Transporten, im Rahmen der Proteste gegen Stuttgart 21 oder den G8-Gipfel in Heiligendamm oder auch Maßnahmen zum Schutz von Flüchtlingen vor Abschiebung zeugen hiervon. Die Konfrontation, die Herausforderung auch auf der Straße ist nun allerdings keineswegs das radikale Gegenteil deliberativer Politik, sie lässt sich auch als komplementär zu ihr lesen. Denn

Konfrontation kann zum einen helfen, vermeintliche Kompromisse aufzubrechen und zeigen, dass eine bestimmte Politik keineswegs alternativlos ist. Dies ist für eine florierende Demokratie von höchster Bedeutung. Wenn es nichts mehr zu entscheiden gäbe, wenn die öffentlichen Angelegenheiten tatsächlich in der Alternativlosigkeit mündeten, könnte man Demokratie vollends durch Technokratie ersetzen. Demokratie lebt vom Aufzeigen und Abwägen von Alternativen, und Konfrontation kann eingefahrene Diskurse dazu zwingen, Argumente ernst zu nehmen, die bislang außen vor geblieben waren. Zum zweiten gleicht Politik, demokratische zumal, nie einem einfachen Abarbeiten von gestellten Aufgaben. Sie impliziert immer auch eine Wette auf eine unsichere Zukunft; insofern fließen auch in noch so rationale, allgemeine Erwägungen stets konkrete Hoffnungen und Ängste ein. Dies drückt sich oft in konfrontativer Politik aus, die durch vernünftiges Argumentieren nie ganz einzuholen ist. Das emanzipatorische Potenzial der de-

liberativen Vernunft ist unbestritten. Doch muss dieses Potenzial in der Politik paradoxerweise oft emotional erfasst werden, und Konfrontation – oft vor dem Hintergrund eines Gefühls von gefährdeter oder erhoffter Freiheit und Gleichheit kann ein Ausdruck dessen sein. Die großen Errungenschaften der Demokratie und der Grundrechte sind jedenfalls historisch allesamt nicht allein durch Deliberation, sondern durch Konfrontation mit etablierten Macht- und Rechtsverhältnissen errungen worden.

Demokratie braucht Elemente der konfrontativen Politik, wenn sie nicht zu selbstgewiss in sich selbst ruhen will. Denn Konfrontation kann die gewohnten Abläufe in Frage stellen und völlig neue Formen des Nachdenkens einfordern. Zugleich braucht Demokratie aber auch Formen der Konfrontation, die sich beizeiten wieder in deliberative Verfahren einbinden lassen. Auf Dauer gestellte Konfrontation dient der Demokratie ebenso wenig wie die Behauptung von bruchlosem Konsens und politischer Alternativlosigkeit.

Jasmin Siri

Internet und Demokratisierung

In den gefestigten Demokratien werden mit dem Internet zunehmend kritikwürdige Entwicklungen in Verbindung gebracht. Die Umbrüche in einigen autoritären arabischen Staaten zeigen aber gerade, dass die neuen Medien auch maßgebliche Demokratisierungseffekte haben.

Jasmin Siri

(* 1980) ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Dissertation schrieb sie über den Wandel der Parteimitgliedschaft und Parteiorganisation.

jasmin.siri@soziologie.uni-muenchen.de



Killerspiele und geben sich falsche, »virtuelle« Identitäten in digitalen Netzwerken, die sie nicht kontrollieren können. Nicht nur, dass wir sowieso schon unter dem medialen Paradigma des »Politainment« leben müssen, nun kommen auch noch aus allerlei Löchern Menschen, die, ohne qua Abschluss Teil der »guten Gesellschaft« zu sein, im Internet ihre Meinung publizieren. Einfach so. Ohne, dass eine Redaktion sie angefragt hätte und ohne dass

Steht es nicht wieder einmal schlimm um die Gesellschaft? Junge Menschen spielen